



**LesMigraS**  
Lesbische Migrantinnen und Schwarze Lesben  
Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung e.V.  
030. 21 91 50 90  
Leitung:  
**Saideh Saadat-Lendle**  
info@lesmigras.de



**Lesbenberatung Berlin e.V.**  
Kulmer Str. 20 a  
10783 Berlin  
www.lesbenberatung-berlin.de  
030. 21 72 753  
Geschäftsführung:  
**Rita Stüber, Claudia Apfelbacher**  
info@lesbenberatung-berlin.de

## **Pressemitteilung zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie (IDAHO\_T) – am 17. Mai 2011**

Die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Deutschland ist auch im Jahre 2011 noch nicht selbstverständlich. Unsere Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit und der psychosozialen Beratung zeigen, dass viele lesbische, schwule und bisexuelle Frauen, Männer und Trans\* Menschen nach wie vor alltäglichen Anfeindungen, Angriffen und Belästigungen ausgesetzt sind: aufgrund ihrer Lebensweise, ihres Frau- und/oder Trans\*-Seins, ihrer kulturellen Zugehörigkeiten oder Hautfarbe, ihrer Behinderung/Beeinträchtigung, ihres Alters und/oder weil sie kein/wenig Geld haben. Oftmals treten diese vielfältigen Gewalterlebnisse miteinander verschränkt auf.

Eine Psychiatisierung und Diskriminierung von LSBT\* erfolgt aus der Mitte der Gesellschaft. Diese Haltungen haben historische Ursprünge und können nicht mal eben mit halbherzigen Umsetzungen von EU-Richtlinien oder medienwirksamen Phrasen aufgearbeitet werden. Dennoch wird Homophobie und Transphobie in den Medien und in der Politik oft nur als ein Thema für einige wenige gesellschaftliche Gruppierungen, darunter überwiegend Migrant\_innen, dargestellt. Eine selbstkritische Auseinandersetzung der mehrheitsdeutschen Gesellschaft mit Homophobie und Transphobie findet selten statt.

Seit 30 Jahren existiert die Lesbenberatung Berlin e.V. und arbeitet engagiert gegen homophobe Gewalt und Diskriminierung. Seit 15 Jahren wird verstärkt Beratungsarbeit zu den Themen Transphobie und Rassismus angeboten. Seit mehreren Jahren arbeitet LesMigraS, der Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., daran Rassismus, Homophobie und Transphobie zusammenzudenken, Empowerment für LBT\* Menschen anzubieten und Handlungsstrategien gegen rassistische, homophobe und transphobe Gewalt und Diskriminierungen zu entwickeln.

Unter Homophobie und Transphobie verstehen wir jegliche Diskriminierungen und Gewalt, die sich verbal, nonverbal sowie strukturell gegen Lebensweisen von Menschen, die lesbisch, bisexuell, trans\* und schwul leben, äußern können.

Homophobie und Transphobie sind keine Angelegenheiten der Betroffenen, sondern müssen ebenso wie z.B. Rassismus oder Diskriminierung gegen Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen auf gemeinschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene vorausschauend angegangen werden.

### **Im Rahmen des IDAHO (International Day Against Homophobia) fordern wir:**

- eine mehrdimensionale Herangehensweise gegenüber jeglicher Form von Gewalt- und Diskriminierungsmechanismen. Damit meinen wir, dass Individuen Mehrfachdiskriminierung erfahren können (z.B. Rassismus und Transphobie, Antisemitismus und Homophobie, Diskriminierung Aufgrund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen und Sexismus) und deshalb zusammengedacht werden müssen.
- ein entschlossenes Entgegenreten der Kampagnen, die Homophobie kulturalisieren.

---

\* Trans\* steht für alle die, die nicht in dem Geschlecht leben können oder wollen, welchem sie bei ihrer Geburt zugeordnet wurden. Hierzu zählen Transsexuelle, Transgender, Drags, Transidente, Cross-Dresser und viele mehr.



**LesMigraS**  
Lesbische Migrantinnen und Schwarze Lesben  
Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung e.V.  
030. 21 91 50 90  
Leitung:  
**Saideh Saadat-Lendle**  
info@lesmigras.de



Lesbenberatung Berlin e.V.  
Kulmer Str. 20 a  
10783 Berlin  
www.lesbenberatung-berlin.de  
030. 21 72 753  
Geschäftsführung:  
**Rita Stüber, Claudia Apfelbacher**  
info@lesbenberatung-berlin.de

- die Anerkennung von LSBTI-Identitäten als Asylgrund.
- die landesweite Aufhebung des Diagnoseschlüssels und der pathologisierenden Stigmatisierung von transsexuellen, transgender, transidenten, polygender und intergeschlechtlichen Menschen. Trans\* und Intergeschlechtlichkeit sind weder psychische oder physische Krankheiten, noch Gegenstand einer Diagnose.
- die vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Partner\_innen auf allen gesellschaftlichen Ebenen (z.B. juristisch, institutionell, staatlich und im Gesundheitswesen).
- den bundesweiten Ausbau von Beratungsangeboten für LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und intergeschlechtliche Menschen) und die Förderung ihrer Vernetzung.
- Fortbildungen und Schulungen zu Homophobie, Transphobie und Gewalt und Diskriminierung gegen intergeschlechtliche Menschen in Organisationen und Institutionen (z.B. im medizinischen und psychotherapeutischen Bereich, staatlichen Behörden und Ämtern, Schulen, Polizei).
- die offiziell anerkannte Erweiterung des „Internationalen Tag gegen Homophobie“ auf einen „Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie“ (IDAHO\_T).

## Hintergründe zur Geschichte des IDAHO

Die psychiatrische Pathologisierung der Homosexualität begann Mitte des 19. Jahrhunderts und wurde seit ca. 1900 von der Psychoanalyse als psychologische Störung definiert.

Von 1872 bis 1994 existierte der §175 StGB in Deutschland. Er stellte sexuelle Handlungen mit Tieren (Sodomie) und zwischen männlichen Personen (männliche Homosexualität) unter Strafe. Zur NS-Zeit erfuhr der Paragraph eine starke Verschärfung. Sexuelle Handlungen zwischen männlichen Personen wurden beispielsweise mit Gefängnisstrafen, Zuchthausaufenthalt, später auch Deportationen in Arbeits- und Konzentrationslager (die medizinische Versuche und gezielte Tötungen beinhalteten) bestraft. Homosexualität unter Frauen fiel selten unter den Paragraphen, wurde jedoch durch Nennung anderer Gründe (wie „asoziales Verhalten“, „unakzeptable Religionszugehörigkeit“, „bedenkliche politische Haltung“, „Volksgefährdung“, u.a.) bestraft. Nach 1945 hatte der Paragraph weiterhin Gültigkeit. Zwar erfuhr er mit der Zeit eine Abschwächung, jedoch blieb er bis zum Jahr 1994 erhalten. Da Homosexualität verfolgt und bis in die 1970er Jahre als psychische Erkrankung diagnostiziert wurde, konnten Homosexuelle auch auf unbestimmte Zeit unter Freiheitsentzug in einer forensischen Psychiatrie untergebracht werden.

Der „International Day Against Homophobia“ (IDAHO) wird seit 2005 jeweils am 17. Mai zelebriert. Das Datum wurde zur Erinnerung an den 17. Mai 1990 gewählt. An diesem Tag wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel gestrichen und nicht länger als Krankheit definiert.

2009 arbeitete die IDAHO Kampagne mit dem Schwerpunkt Transphobie und so wurde der „Internationale Tag gegen Homophobie“ zum „Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie“ erweitert. Eine neue Petition wurde von LSBT\* Organisationen aufgesetzt und von insgesamt 300 NGOs in 75 Ländern unterstützt. Als erstes Land weltweit hat bisher Frankreich offiziell die Aufhebung des Diagnoseschlüssels auch auf Trans\*Menschen ausgeweitet. Trans\*Menschen werden in Frankreich seit Mai 2009 nicht länger als psychisch krank angesehen.